



# **11-Punkte-Plan der SPD für die Offshore-Branche**

SPD-Landesverband Niedersachsen

Emden/Hannover, den 04. Januar 2013

## 11-Punkte-Plan der SPD für die Offshore-Branche

Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen, aber auch Chancen, für unsere Gesellschaft. Die schwarz-gelben Regierungen im Bund und in Niedersachsen werden dieser Aufgabe in keiner Weise gerecht – das Management der Energiewende ist mehr als dilettantisch. Aktuelles Ergebnis: Die Offshore-Windenergie steht vor großen Schwierigkeiten. Ein wesentlicher Eckpfeiler der Energiewende ist damit gefährdet.

Zurzeit stehen Tausende von Beschäftigten in dieser Branche vor einer ungewissen Zukunft. Am Beispiel der Nordseewerke in Emden zeigt sich die aktuelle Situation besonders dramatisch. Dort werden mit höchster Qualität Fundamentsysteme für die Offshore-Windenergieanlagen hergestellt. Jetzt droht der Verlust von mehr als 700 Arbeitsplätzen. In Cuxhaven bei dem Unternehmen CSC aus derselben Branche mussten im vergangenen Monat über 200 Beschäftigte gehen.

Die Verunsicherung der Offshore-Industrie hat in den vergangenen Monaten durch die andauernde Diskussion und den öffentlichen Streit innerhalb der Bundesregierung über das Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) noch zugenommen. Zur Verunsicherung hat auch das einjährige Verfahren zur Klärung der Haftungsproblematik und Finanzierung von Netzanbindungen beigetragen.

Die Unternehmen der Branche und die öffentliche Hand haben im Vertrauen auf die Ausbauziele der Bundesregierung und das EEG im vergangenen Jahr Milliarden von Euro investiert und rund 10.000 Arbeitsplätze geschaffen. Diese Investitionen und die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze und Arbeitsplatzpotentiale wären unwiederbringlich verloren, wenn sie jetzt nicht gesichert werden.

Die Energiewende bietet die Chance, in Niedersachsen die Marktführerschaft für erneuerbare Energien auszubauen und in erheblichem Umfang zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Niedersachsens Küste birgt hierfür immense Potenziale. Ein wichtiger Wachstumsmarkt liegt in der Offshore-Windenergie. Sie ist zentraler Bestandteil der Energiewende und bietet für Niedersachsen beste Standortvorteile, um regionale Wertschöpfungsketten auszubauen.

Der momentan erarbeitete technologische Vorsprung in diesem Bereich darf nicht dadurch verspielt werden, dass irrtümlicherweise davon ausgegangen wird, in der Windenergie seien bereits alle wesentlichen Fragestellungen gelöst. Im Gegenteil: Bei Forschung und Entwicklung im Bereich der Offshore-Windenergie sind noch erhebliche Aufgaben zu erledigen, um einen kostengünstigen und zuverlässigen Bau und Betrieb von Offshore-Windkraftwerken zu gewährleisten. In direktem Zusammenhang steht hierbei auch die Forschung und Entwicklung moderner Netz- und Speichertechnologien, die zu den herausragenden Innovations- und Investitionsprojekten der kommenden Jahrzehnte gehört.

Die Sicherung der Marktführerschaft Niedersachsens im Bereich Offshore-Windenergie benötigt ausreichend qualifiziertes Personal. Der enorme Zuwachs an Beschäftigung muss qualifiziert abgesichert werden. Hierzu gehören tariflich abgesicherte Ausbildungsplätze wie auch Fachkräfte und entsprechende Qualifizierungsprogramme.

Aufgrund der seit Ende 2011 ungeklärten Fragen beim seeseitigen Netzanschluss wurden seit über einem Jahr keine neuen Offshore-Projekte gestartet, d. h. es sind keine neuen Aufträge für Gondeln, Türme, Rotorblätter, Fundamente etc. bei den Zulieferern mehr eingegangen.

Die Windpark-Projekte auf der Nord- und Ostsee haben aufgrund ihrer Struktur als Großkraftwerke auf hoher See einen langen Planungszeitraum. Oft dauert es mindestens fünf Jahre von der finalen Investitionsentscheidung für einen Offshore-Windpark und der tatsächlichen Einspeisung der ersten Kilowattstunde aus dem Park. Die Offshore-Windindustrie braucht zum jetzigen Zeitpunkt daher vor allen Dingen Planungssicherheit. Nur dann wird sich bei dieser noch jungen Technologie eine ähnliche Dynamik entfalten wie bei der Windenergienutzung an Land in den letzten beiden Jahrzehnten.

Für die Zukunft der Offshore-Industrie stellt die SPD Niedersachsen folgende Forderungen auf:

### **1. Anpassung der Fristen im EEG an die aktuelle Situation**

Da sich der Ausbau der Offshore-Windenergie durch die Probleme beim Netzanschluss verzögert hat, muss dies im Vergütungssystem (Stauchungsmodell) bei der nächsten EEG-Novellierung berücksichtigt werden. Schon heute muss wegen der langen Investitions-Vorlaufzeiten bei Offshore-Windparks die Entscheidung getroffen werden, die Fristen für das Stauchungsmodell und den Beginn der Degression von 2017 auf 2020 zu verlängern.

### **2. Offshore-freundliche Weiterentwicklung des EEG**

Das EEG darf nicht abrupt, sondern muss schrittweise weiterentwickelt werden. Ein zukünftiges EEG muss auf die bisher getätigten Investitionsentscheidungen und auf die im Vertrauen einer verlässlichen Förderpolitik und der von der Politik gesetzten Ausbauziele geschlossenen Verträge Rücksicht nehmen.

Zudem bedarf es einer behutsamen und zyklischen Betrachtung, da sich bis Ende 2013 ca. 3 GW Offshore-Leistung in Bau befinden, 200 MW sind in der Betriebsphase. Erste belastbare Erkenntnisse über die Effizienz dieser Anlagen werden erst in 2015 vorliegen. Dann erst ist der Zeitpunkt für Anpassungen des EEG gegeben. Alles andere wäre verfrüht und weder sachgemäß noch gerechtfertigt.

### **3. Chancengleichheit bei Stromerzeugung**

Offshore-Wind gehört mit Stromkosten von durchschnittlich 10 ct/kWh über zwanzig Jahre schon heute zu kostengünstigen erneuerbaren Energien. Die Offshore-Windenergiebranche kann sich daher im Wettbewerb behaupten. Staatliche Unterstützung, wie sie das EEG bisher regelt, muss so lange erfolgen, wie auch die konventionelle Stromerzeugung (Kohle und Atomenergie) direkt oder indirekt massiv subventioniert wird.

### **4. Netzanschluss sicherstellen und Staatsbeteiligung am Netz eingehen**

Bisher haben Union und FDP den Prozess der Energiewende nicht organisiert. Es fehlt ein einstimmiges Konzept zur Ausgestaltung der Energiewende in ihren verschiedenen Phasen. Darunter leider Verbraucher und Unternehmen. Die Offshore-Windindustrie braucht definitive und garantierte Anschlusstermine für geplante und genehmigte Offshore-Windparks. Risiken ausschließlich auf den Verbraucher abzuwälzen löst die Probleme nicht. Die Bundesregierung muss eine staatliche Beteiligung an einer Netzgesellschaft eingehen. Die Politik ist ohnehin dafür verantwortlich, den Rahmen für definitive und garantierte Anschlusstermine der geplanten und genehmigten Offshore-Windkraftwerke zu schaffen. Deshalb muss die Bundesregierung dringend einen verbindlichen Zeitplan vorlegen, damit die Offshore-Branche Vertrauen zurückgewinnt.

### **5. Effiziente Nutzung der Netzinfrastruktur**

Kurzfristig ist eine effiziente Nutzung der vorhandenen bzw. beauftragten Offshore-Netzinfrastruktur notwendig, einerseits durch organisatorische Maßnahmen wie aktives Netzanschlussmanagement, andererseits durch technische Maßnahmen wie die Vermaschung (Verbindung) von Offshore-Plattformen. Diese Maßnahmen schaffen nicht nur Rechtssicherheit für Offshore-Windparkbetreiber, sondern fördern auch die Energieversorgungssicherheit.

### **6. Beschäftigung sichern**

Ein wesentliches Fundament der Offshore-Windenergie ist hohe Kompetenz der Fachkräfte in dieser Branche. Mit erheblichen Mitteln sind in Niedersachsen Qualifizierungen durchgeführt worden. Jetzt droht nicht nur der Verlust der Arbeitsplätze, sondern vor allem auch der Verlust an Fachkräften in der Küstenregion. Die oben beschriebenen Maßnahmen sind daher ein grundlegendes Element zur Sicherung der Beschäftigung und der einmal erworbenen Fachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

## **7. Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive**

Wir brauchen trotz der jetzigen Krise eine Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive insbesondere für den Offshore- Bereich. Dazu sind Ausbildungsplätze und Weiterbildungsangebote erforderlich. Zudem müssen an den niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen die Studienangebote im Bereich der maritimen Technologien und der Ingenieurwissenschaften gestärkt werden. Studien zeigen auf, dass bis zum Jahr 2020 mehr als 22 000 Arbeitsplätze im Bereich Offshore-Windenergie entstehen könnten. Eine zielgerichtete Qualifizierung sichert langfristig Arbeitsplätze und Produktionsleistung auf wettbewerbsfähigem Niveau.

## **8. Ausbau von Forschung und Entwicklung**

Wir werden Niedersachsen zum Energieland Nr. 1 machen. Dazu muss auch die Forschung mit dem Schwerpunkt „Erneuerbare Energien und Speichertechnologien“ ausgebaut werden. Die einzelnen Forschungsaktivitäten müssen effektiver koordiniert und zusammengeführt werden. Eine leistungsfähige Wirtschaft basiert auf exzellenter Grundlagenforschung und Spitzentechnologien, die synergetisch zusammenarbeiten. Die Verstetigung der geschaffenen Strukturen im Bereich der Windenergieforschung ist von besonderer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Sie erhöht zudem die Attraktivität für die Ansiedlung weiterer Unternehmen aus der Branche. Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft muss verstärkt werden. Das Zentrum für Windenergieforschung „ForWind“ der Universitäten Oldenburg, Hannover und Bremen muss ausgebaut werden.

Um weitere praxisnahe Tests durchführen zu können, ist eine aktive Unterstützung von weiteren Offshore-Testanlagen in Nord- und Ostsee, wie z.B. der Offshore-Testfeld-Initiative der Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE des Fraunhofer IWES erforderlich.

## **9. Nordseewerke Emden - Transfergesellschaft einrichten**

Umgehend muss für die 700 Beschäftigten der Nordseewerke Emden eine Transfergesellschaft eingerichtet werden, die auch die Beschäftigung an allen Windenergie-Standorten in Niedersachsen sichern und auch den Standort Cuxhaven einschließen soll. Damit wird die Grundlage geschaffen, um unter der Führung eines neuen Investors die Produktion fortzusetzen. Die Verweigerungshaltung der Landesregierung gefährdet die Suche nach neuen Investoren und damit die Arbeitsplätze in der Zukunftsbranche Offshore. Dabei kann auch auf die positiven Erfahrungen bei der Begleitung von Insolvenzen durch die Politik in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zurückgegriffen werden. Was in anderen Bundesländern möglich ist, muss auch von der Landesregierung in Hannover umgesetzt werden.

## **10. Investorenprozess für Nordseewerke unterstützen**

Die noch amtierende Landesregierung hat den Kardinalfehler begangen, frühzeitig eine Landesbürgschaft auszuschließen. Damit ist ein Prozess in Gang gekommen, der nicht mehr kontrollierbar war und der letztlich zur Insolvenz des Unternehmens geführt hat. Eine Landesbürgschaft zum richtigen Zeitpunkt hätte dieser Schlüsseltechnologie Chancen eröffnet, Vertrauen in der Branche und bei möglichen Investoren zu schaffen. Auch jetzt noch kann - auf Basis einer erfolgversprechenden Fortführungsprognose - eine Landesbürgschaft ein erfolgversprechender Weg sein, um einen möglichen Investor zu gewinnen. Die NordLB muss entsprechend eingebunden werden, mit dem Ziel, die Zukunftstechnologie und die damit verbundene Infrastruktur zu nutzen.

## **11. KfW-Mittel ausschöpfen**

Zur Unterstützung der Finanzierung der ersten zehn projektfinitzierten Offshore-Windparks durch kommerzielle Banken wurde im Juni 2011 das KfW-Sonderkreditprogramm Offshore-Windenergie mit einem Volumen von insgesamt 5 Milliarden Euro eingeführt. Es ist absehbar, dass dieses Programm nicht in vollem Umfang ausgeschöpft wird. Kurzfristig müssen alle verfügbaren Mittel aus dem KfW-Programm zur Unterstützung von Offshore-Herstellern und Zuliefern abgerufen werden.

Emden/Hannover, den 04. Januar 2013